

Protokolleintrag vom 25.05.2011

2011/174

Erklärung der AL-Fraktion vom 25.05.2011: Prostitutionsgewerbeverordnung für die Stadt Zürich

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Die AL-Fraktion ist über die vom Stadtrat heute verabschiedete Prostitutionsgewerbeverordnung wenig erfreut. In der Medienmitteilung des Stadtrats sind die Punkte aufgenommen, die in der Vernehmlassung sehr kritisiert wurden, mit dem Hinweis, dass diese soweit möglich berücksichtigt wurden. Unter „soweit als möglich“ versteht die AL-Fraktion aber etwas anderes. Es wurde nur so viel aufgenommen, wie man wirklich bereit war. Der Rahmen des Möglichen wurde aber definitiv nicht ausgeschöpft. Der Entwurf berücksichtigt die Anliegen der Organisationen, die sich allerbestens in der Materie auskennen (z. B. die Frauen- Informationsstelle, die Stadtmission oder auch die Aids-Hilfe) nur sehr marginal. Aufgenommen wurde hingegen das koordinierte Engagement, was die AL-Fraktion sehr begrüsst, da sie einen „Runden Tisch“ in ihrer Vernehmlassungsantwort gefordert hatte. Die Umsetzung dieses Runden Tisches erwartet die AL-Fraktion mit grossem Interesse. In der Medienmitteilung findet sich ausserdem ein Loblied auf die NGO's, aber nur sehr wenig zur Umsetzung des eigentlichen Anliegens. Ein Loblied auf die NGO's zu singen und gleichzeitig ihre Anliegen wenig ernst zu nehmen, ist relativ zynisch. Ganz fehlt bis jetzt das Thema Arbeitsbedingungen, das eines der Hauptanliegen der NGO's ist. Der Stadtrat möchte als erste konkrete Massnahme, notabene noch bevor der Gemeinderat das Geschäft behandelt, auf den 6. Juni 2011 bereits eine neue Regelung einführen. Eine solche Entscheidung am Gemeinderat vorbei zu beschliessen findet die AL-Fraktion geschmacklos. Bei der neuen Massnahme geht es um die Einführung eines Meldeverfahrens für die Strassenprostituierten. Dies ist nun genau die Repression, auf die in der Vernehmlassung hingewiesen wurde, die nichts bringen wird, da in polizeilichen Gesprächen nicht herauszufinden sein wird, wie es den Prostituierten tatsächlich geht, ob sie wirklich selbständig arbeiten und wie ihre Arbeitsbedingungen sind. Die Prostituierten werden mit einer Polizei konfrontiert, mit der sie in ihrem Heimatland vermutlich nur negative Erfahrungen gemacht haben. Es wird nicht möglich sein, etwas über einen allfälligen Menschenhandel zu erfahren, da der Druck aus dem Hintergrund zu gross ist. Die Massnahme bedeutet eine weitere repressive Massnahme gegenüber den Schwächsten in der ganzen Kette, die ausserdem dazu führen wird, dass gewisse Frauen ohne Bewilligung und unter noch härteren Bedingungen arbeiten müssen. Aus Sicht der AL-Fraktion ist diese Massnahme ganz klar eine absolute Fehlplanung. Sie gehört nicht in eine Stadt wie die Stadt Zürich, die sich auf die Fahne schreibt, den Menschenhandel zu unterbinden und solche Frauen zu schützen. Aus Sicht der AL-Fraktion ist es ausserdem sehr kritisch zu betrachten, ob der Strassenstrich in Ghettos, insbesondere in unbewohnten Industriezonen, stattfinden soll, da dort keine soziale Kontrolle stattfindet und die Frauen auf sich alleine gestellt sind. Dies kommt einer Politik „Aus dem Auge – aus dem Sinn“ gleich. Die AL-Fraktion findet diesen Umgang mit dem ältesten Gewerbe nicht angebracht.